

Heute, habe ich den Eindruck, können wir mit dieser Enttäuschung leben. Wir erleben da doch etwas ganz Normales und Notwendiges. Fast ist es so wie in einer Beziehung, in der schließlich auch der Ehealltag erst die Grundlage für eine dauerhafte Gemeinschaft darstellt. Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es hilfreich und notwendig, wenn wir uns von Fachleuten erklären lassen, was da eigentlich mit uns vorgeht, was wir bereits bewältigt haben und welche Wegstrecken wir noch zu gehen haben werden.

Ich wünsche dieser Anhörung einen guten Verlauf, Selbsterkenntnis und Realitätsbewußtsein, Verständnisbereitschaft und vielleicht sogar auch etwas Humor bei dem Unternehmen, die „wechselseitigen Wahrnehmungen und Reaktionen im geteilten Deutschland und ihre Nachwirkungen“ zu erkunden. Dankeschön.

(Beifall)

Ich lasse Sie jetzt einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein klein wenig hinter den Vorhang schauen. Ich bin jetzt in der etwas mißlichen Situation, daß mich ein Kollege hat bitten lassen, ihm jetzt das Wort zu geben, damit er sieben Minuten zusammenhängend reden kann. Ich kann ihm das Wort aber nicht erteilen, weil er noch nicht hier ist. Wundern Sie sich also nicht, wenn unser Kollege, Herr Professor Jacobsen, seine einführenden Worte erst an einer anderen passenden Stelle wird reden können. Er ist auf dem Wege vom Flugzeug hierher eben in einer Stadt, die nicht ganz leer ist, noch nicht angekommen. Wir begrüßen aber den Kollegen Koschyk, der offensichtlich mit einer anderen Maschine gekommen ist. Ich bitte darum zunächst, daß die Vorträge in der angekündigten Reihenfolge gehalten werden. Der Professor Jacobsen wird seine einleitenden Worte dann sicher zu Beginn seiner Moderation sprechen können. Ich möchte aber noch eine technische Ansage machen für die Mitglieder der Enquete-Kommission. Die hier vorne haben keine Probleme mit der Technik, habe ich mir sagen lassen, wir brauchen bloß anfangen zu reden und dann funktioniert das. Sie, wenn Sie fragen oder reden wollen, müssen einmal da vorne auf das Mikrophon, auf die Fläche draufdrücken, dann geht das an. Sie brauchen nicht ein zweites Mal zu drücken, da passiert gar nichts, sondern dadurch, daß der nächste, der dann spricht, auf sein Mikrophon drückt, geht es bei Ihnen dann automatisch aus. Wenn Sie aber verstanden werden wollen, das müssen Sie sich merken, müssen Sie auf das Mikrophon vorne vor Ihnen drücken. Herzlichen Dank. Also, wie gesagt, ich bitte dann um den ersten Vortrag zum Thema „Wahrnehmungsmuster in Ost- und Westdeutschland gestern und heute“. Bitte, Herr Rüdiger Thomas.

Rüdiger Thomas: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Bevor ich Ihnen einige Gedanken vortrage, die man in freier Variation der mir gestellten Aufgabe und im Anschluß an Uwe Johnson „Mutmaßungen über die Gegenwart geteilter Vergangenheiten“ überschreiben könnte, möchte ich eine kurze Vorbemerkung machen:

Wahrnehmungen unterscheiden sich nach Inhalt und Intensität. Wir alle nehmen selektiv wahr. Wenn wir von Wahrnehmungsmustern reden, müssen wir differenzieren: Sowohl im Längsschnitt, im Wandel von Zeitperioden, Wahrnehmungen ändern sich; als auch im Querschnitt, in der verschiedenen Wahrnehmung einer politisch sozialen Konstellation, Wahrnehmungen unterscheiden sich.

Diesen Differenzen zwischen den Wahrnehmungsmustern im zeitlichen Wandel, gestern und heute, wollen wir in fünf Abschnitten nachgehen, skizzenhaft und in der Erwartung, daß sich im Verlauf dieser Anhörung manche Stichworte konkretisieren werden.

1. Die Illusion gemeinsamer Interessen: 1945 bis 1948

Beginnen wir mit der Periode, als Deutschland zwar aufgeteilt, aber noch nicht endgültig geteilt war. Das Ende des Krieges, die „Stunde Nichts“, wie sie Heinrich Böll genannt hat, leitete zunächst eine kurze Phase gesamtdeutscher Erwartungen ein. Die Intellektuellen in Ost und West machten sich auf die Suche nach Orientierung für eine gemeinsame Zukunft. Es entstanden zahllose zonenübergreifende Zeitschriften, eine lebendige literarisch-politische Publizistik, von der ich nur die „Frankfurter Hefte“ sowie „Ost und West“ erwähnen möchte. Sie orientierten sich am antifaschistischen Konsens und propagierten zumeist die Idee eines eigenen neuen Weges, die Synthese von Demokratie und Sozialismus. Schon bald zeigte sich, daß diese Leitbegriffe von den Protagonisten auf beiden Seiten unterschiedlich verstanden wurden: Zuerst auf politischer Ebene im entschiedenen Antikommunismus Kurt Schumachers, wenig später im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, dann im wachsenden Dissens der deutschen Schriftsteller, später in den PEN-Kontroversen, nachdem ein deutscher PEN 1948 gegründet werden konnte.

Schließlich war Mitte 1948 die staatliche Teilung Deutschlands präformiert. Nach Währungsreform, Berlin-Blockade und der endgültigen politisch-administrativen Spaltung Berlins war der Weg zur Teilung unaufhaltsam geworden. Der „Klassenkampf nach innen“ hatte in der SBZ begonnen, die stalinistische Herrschaftspraxis wurde nach dem Bruch der Sowjetunion mit Jugoslawien im Juni 1948 auch in der DDR verschärft. Wer von dieser Politik betroffen war, wanderte häufig schon in dieser Zeit in den Westen ab.

Der Beginn des Kalten Krieges und die Flüchtlinge aus der SBZ bestimmten am Ende der vierziger Jahre das vorherrschende Wahrnehmungsmuster eines essentiellen Antikommunismus im Westen. Die Illusion gemeinsamer Interessen hatte sich in kurzer Zeit aufgelöst. Im Osten Deutschlands zeichnete sich eine Spaltung der Gesellschaft ab: Ein Teil der jungen Generation ließ sich von der Aufbruchstimmung revolutionärer Romantik faszinieren; wer von der Politik der SED durch sozialen Aufstieg profitierte, ließ sich oft durch die Parole beeindrucken, das bessere Deutschland aufzubauen.

2. Staatliche Teilung und Spaltung der Gesellschaften: 1949 bis 1960

Die westdeutsche Wahrnehmung der deutschen Teilung wurde nach der doppelten Staatsgründung durch den doppelten Antagonismus Demokratie oder Totalitarismus, Freiheit oder Diktatur bestimmt. Dies galt übrigens auch für die Anfänge der westlichen DDR-Forschung. Die Studie von Ernst Richert „Macht ohne Mandat“ (1958 erschienen) signalisierte die Grundeinstellung vieler Teile der westdeutschen Bevölkerung gegenüber dem Ulbricht-Regime ebenso wie der Titel eines Buches von Max Gustav Lange „Totalitäre Erziehung“, 1954 veröffentlicht. Die Wahrnehmung der DDR in der westdeutschen Bevölkerung wurde vornehmlich durch zwei politische Grunderfahrungen bestimmt: den Aufstand vom 17. Juni 1953 und die anhaltende Fluchtwelle, die häufig als „Abstimmung mit den Füßen“ empfunden wurde. Bis zum Mauerbau haben etwa 2,7 Millionen Menschen die DDR verlassen, ein Siebtel der Bevölkerung, allein 1953 waren es fast 400.000, ein Höchststand, der sich in den folgenden Jahren bis 1960 dann halbierte, bevor er 1961 wieder deutlich anstieg.

Beide Vorgänge, der Volksaufstand und die Massenflucht, zeigten deutlich an, daß sich weite Teile der Gesellschaft in der DDR von der SED distanzieren. Aus dieser Wahrnehmung resultierte im Westen eine doppelte Reaktion. Einerseits wurde die politische Ohnmacht bewußt, die Verhältnisse in der DDR im Sinne einer Demokratisierung und einer Wiederannäherung wirksam beeinflussen zu können. Andererseits beschwor man eine Solidarität mit den „Brüdern und Schwestern“ im anderen Teil Deutschlands, von denen man nicht genau wußte, wie sich ihre Einstellungen und Wertorientierungen unter den Bedingungen der SED-Diktatur und der damit verbundenen ideologischen Propaganda verändert hatten. Das Bild der Westdeutschen von der Gesellschaft der DDR wurde zunehmend diffus, es wurde von der großen Politik geprägt, die sich in der Block-Konfrontation des Kalten Krieges manifestierte, und von den Übersiedlern beeinflußt, die sozusagen als frühe Zeitzeugen ihre Konflikterfahrungen mit dem Ulbricht-Regime in den westdeutschen Wahrnehmungshorizont einbrachten.

In den fünfziger Jahren setzte eine Entwicklung ein, die durch eine Asymmetrie der wechselseitigen Wahrnehmung beider deutscher Teilgesellschaften charakterisiert ist. Während sich für viele Westdeutsche die DDR zunehmend als unbekanntes Land darstellte, wurde der Westen Deutschlands für die Bevölkerung der DDR im wachsenden Maß zur „Beziehungsgesellschaft“, wie es Rainer Lepsius formuliert hat. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß sich auch die SED dieser West-Fixierung trotz aufwendiger ideologischer Feindpropaganda nicht entziehen konnte. Auf dem V. Parteitag im Juli 1958 verkündete Walter Ulbricht nicht nur die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ als neues gesellschaftliches Leitbild, er zollte vielmehr gleichzeitig dem westdeutschen „Wirtschaftswunder“ Tribut, indem er für die DDR das Ziel formulierte, „daß der Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der

Gesamtbevölkerung in Westdeutschland“. Das sollte nicht die einzige Illusion der SED-Führung bleiben.

Das Bild wäre unvollständig, wenn wir nicht erwähnen würden, daß es in den fünfziger Jahren auf beiden Seiten politische Gruppierungen gab, die sich einerseits gegen die Blockeinbindung wendeten – hier wäre die Gesamtdeutsche Volkspartei Gustav Heinemanns, die von 1952 bis 1957 bestand, zu nennen – und andererseits den forcierten „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR kritisierten, ich erinnere an die Harich-„Plattform“ 1956, weil sie beide Vorgänge als gravierende Hindernisse für eine Wiedervereinigung betrachteten. Sie verkannten dabei die internationalen Dimensionen des innerdeutschen Konflikts ebenso wie die Sekuritätsbedürfnisse einer großen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung und die Machtsicherungsinteressen der SED-Führung.

3. Die blockierte Beziehungsgesellschaft: 1961 bis 1969

Durch den Mauerbau hatte sich die politische Konstellation in Deutschland grundlegend verändert. Die rigorose Abriegelung stoppte die Massenflucht und blockierte die Kontakte zwischen den Menschen in beiden Teilen Berlins, nachhaltig wurden auch die Begegnungsmöglichkeiten zwischen Ost und West eingeschränkt. Die beiden Leipziger Messetermine – jeweils im März und September – ermöglichten zumindest den Westdeutschen, einen nicht unbedingt repräsentativen Ausschnitt der DDR selbst in Augenschein zu nehmen und mit Ostdeutschen ins Gespräch zu kommen.

Unter diesen Bedingungen erhielten die Medien für die ostdeutsche Bevölkerung eine zentrale Bedeutung als Informationsquelle über die Entwicklung in Westdeutschland. Dabei stand natürlich der Hörfunk im Vordergrund, doch konnte sich in den sechziger Jahren auch in der DDR das Fernsehen zunehmend etablieren. Während 1960 erst 17 von 100 Haushalten ein Fernsehgerät besaßen, waren es zehn Jahre später bereits mehr als zwei Drittel aller Haushalte. Der intensive Einfluß der westdeutschen AV-Medien auf die DDR-Bevölkerung erstreckte sich ebenso auf politische Informationen wie auf Unterhaltungssendungen, er hat vor allem die Jugendkultur in der DDR zunehmend geprägt.

Wie hatten die Menschen, die in der eingemauerten DDR lebten, auf diese neue Situation reagiert? Es waren vor allem Journalisten, die sich Mitte der sechziger Jahre mit dieser Frage in Reportage-Bänden beschäftigten. Drei „Zeit-Redakteure“, allen voran Gräfin Dönhoff, unternahmen 1964, so der Buchtitel, eine „Reise in ein fernes Land“. Ihr „Bericht über Kultur, Wissenschaft und Politik in der DDR“ suchte nach Anzeichen für Gemeinsamkeiten, Impulse für eine Wiederbegegnung der Deutschen, neue Bewegung in einer Phase politischer Erstarrung. Fast gleichzeitig erschien das Buch eines aus Prag stammenden Schriftstellers, der als Journalist in New York heimisch geworden war. Die Reportagen von Joseph Wechsberg „Kreuz und quer durch die Zone“, so der Untertitel, beschreiben ein „Land mit zwei Gesichtern“.

Wenn man diese Texte heute noch einmal liest, gewinnt man den Eindruck, daß der fremde Blick genauer war als der eigene.

Interessant sind vor allem zwei Beobachtungen Wechsbergs, die ich hier zitieren möchte, da sie etwas ausdrücken, was lange Zeit auch das Wahrnehmungsmuster vieler Westdeutscher geprägt haben dürfte. Ein Gesprächspartner äußert: „Wir alle tragen zwei Gesichter. Eins für den äußeren Gebrauch, wenn andere Menschen uns sehen, und ein zweites, wenn wir mit uns allein sind... Schizophrenie ist die nationale Krankheit dieses Landes.“ Ein anderer Gesprächspartner bemerkt zur Frage nach der Wiedervereinigung: „Sie kennen doch das Gedicht von den beiden Königskindern. 'Sie konnten zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief.'“ Wechsberg kommentiert: „Die Wiedervereinigung ist der Herzenswunsch und die Herzensangst aller Menschen in Ostdeutschland.“

In den sechziger Jahren wurde die Literatur aus der DDR von vielen Westdeutschen als eine wichtige Möglichkeit entdeckt, Auskünfte über ein fremd gewordenes Land zu erhalten. Christa Wolfs Erzählung „Der geteilte Himmel“ (1963) hat einen breiten Leserkreis in Ost und West gefunden. Erst jetzt entwickelt sich im Westen ein wachsendes Interesse an Literatur aus der DDR. Aus höchst unterschiedlichen Perspektiven und mit verschiedenem weltanschaulichen Hintergrund werden Nachrichten aus dem anderen Deutschland empfangen, die nicht nur als Literatur gelesen werden, sondern auch als verschlüsselte politische Botschaften aus einer geschlossenen Gesellschaft. Zugespielt könnte man sagen: Was für die Menschen in der DDR die westdeutschen Medien darstellten, war für die Westdeutschen die Literatur aus der DDR. Dadurch wurde die Wahrnehmung der DDR-Gesellschaft deutlicher von der Wahrnehmung des SED-Staates im westlichen Deutschland unterschieden. Während die Menschen in der DDR auf wachsende Neugier stießen, reagierte die westdeutsche Öffentlichkeit auf den anderen deutschen Staat weiterhin mit Argwohn und Ablehnung. Die DDR war, wie es Ernst Richert 1964 formulierte, „ein Staat, der nicht sein darf“, doch zeigte sich immer deutlicher, daß man ihn nicht mehr ignorieren konnte.

Die große Koalition unternahm im Mai 1967 erste deutschlandpolitische Sondierungen mit dem Stoph-Kiesinger-Briefwechsel. Eine Veränderung der Politik bahnte sich an, und ihr ging eine allmähliche Veränderung politischer Wahrnehmungsmuster voraus, wie einige Buchtitel signalisieren:

Eberhard Schulz befindet 1967: „An Ulbricht führt kein Weg mehr vorbei“. Und Hanns-Werner Schwarze konstatiert 1969: „Die DDR ist keine Zone mehr“. Beides sind Buchtitel. Am 9. Januar 1970 schreibt Horst Krüger in der „Zeit“, die DDR sei da, „als wenn sie nicht da wäre. Sie wird theoretisch und abstrakt akzeptiert, aber praktisch ausgeklammert aus dem deutschen Bewußtsein.“ Das sollte sich rasch ändern.

4. Nation ist, wenn man sich trifft: 1970 bis 1989

Nachdem die Regierung der sozialliberalen Koalition im Dezember 1969 die staatliche Existenz der DDR anerkannt hatte, war der Weg zur deutsch-deutschen Kommunikation auf dem Verhandlungsweg gebahnt. Der Empfang für Willy Brandt am 19. März 1970 in Erfurt löste Emotionen und Fragen aus: Was bewegte die Menschen, die dem Bundeskanzler enthusiastisch ihre Sympathie bezeugten? War es nur die Erleichterung, daß ein Zustand lähmender Erstarrung überwunden war, oder zeigte sich hier eine Sehnsucht nach Wiedervereinigung, die ratlose Betroffenheit hervorrufen mußte, weil ein solches Ziel eineinhalb Jahre nach der sowjetischen Invention in Prag unerfüllbar schien? Auf die Frage, ob die Deutschen trotz der anhaltenden staatlichen Teilung eine Nation geblieben waren, fand Willy Brandt eine lapidare Antwort: „Nation ist, wenn man sich trifft“, und zumindest dieses Ziel konnte die Politik mit dem Grundlagenvertrag erreichen.

Seit 4. Juni 1972 konnten die West-Berliner nach langer Trennung mit wenigen kurzfristigen Ausnahmen wieder regelmäßig in den Ostteil der Stadt einreisen, vom Juni bis Dezember 1972 waren es 2,1 Millionen Besucher, 1973 fast 4 Millionen. Der westdeutsche Reiseverkehr in die DDR und nach Ostberlin hat sich zwischen 1969 von 1,1 Millionen auf 1975 3,1 Millionen fast verdreifacht. Insgesamt haben in den siebziger Jahren durchschnittlich 6 Millionen Bundesbürger die DDR besucht. Und beinahe ebenso wichtig wie diese persönlichen Begegnungen war die Akkreditierung westdeutscher Journalisten in der DDR, die Anfang März 1973 erfolgte.

Man muß an diese neuen politischen Rahmenbedingungen erinnern, wenn man die Veränderung von Wahrnehmungsmustern in den siebziger Jahren verstehen will. Im Westen wurde eine intensive Neugierde auf den deutschen Nachbarn geweckt, ein Hunger nach Informationen wurde erkennbar, der in erster Linie von den Medien und durch zahlreiche Publikationen befriedigt wurde, aber auch durch die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation“, die von der Bundesregierung von 1971 bis 1974 in drei Ausgaben vorgelegt wurden und unter der wissenschaftlichen Leitung von Peter Christian Ludz entstanden waren. In gewisser Hinsicht kann man sagen, daß die Materialien an die Stelle der fünf „Tätigkeitsberichte“ des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen getreten waren, der am 24. März 1952 gegründet worden war, seit Ende der sechziger Jahre funktionslos blieb und 1975 von der Bundesregierung formell aufgelöst wurde. An dem damit verbundenen Paradigmenwechsel war entscheidend, daß in den Materialien die Perspektive des Systemvergleichs die Frage nach den politischen und ökonomischen Bedingungen der Wiedervereinigung abgelöst hatte.

Es scheint notwendig, die Gründe für diesen Wandel in der Wahrnehmung näher zu betrachten. Seit Ende der sechziger Jahre begann sich im Westen eine Art gesamtdeutscher Voluntarismus auszuprägen, der nicht mehr auf die staatliche Wiedervereinigung zielte – die seinerzeit den allermeisten Deutschen als

irreales Szenario erschienen ist –, sondern auf eine möglichst weitreichende Annäherung. Dieser Voluntarismus hatte zwei Wurzeln: Er war motiviert durch die Reformeuphorie der frühen siebziger Jahre, die ja nach der Ablösung Ulbrichts auch in der DDR zunächst eine gewisse Parallele gefunden zu haben schien, mindestens ebenso aber durch ein Sachzwangdenken, das aus der Konvergenztheorie abgeleitet war. Der niederländische Nationalökonom Jan Tinbergen hatte 1963 die These entwickelt, daß die industriegesellschaftlichen Modernisierungszwänge eine ökonomische Rationalität erforderten, die schließlich auch eine Annäherung der politischen Systeme implizieren würde. Dieser Ansatz wurde damals übrigens auch von den renommierten amerikanischen Politikwissenschaftlern Brzezinski und Huntington übernommen. Bei vielen westlichen DDR-Forschern und Publizisten war es – entgegen heute oft verbreiteten Behauptungen – nicht das Konzept eines marxistischen Reformsozialismus, wie es in der DDR beispielhaft von Robert Havemann und später Rudolf Bahro verkörpert wurde, sondern vor allem diese Perspektive eines technokratischen Sozialismus, die dazu führte, daß die DDR nicht politisch-strukturell als totalitäres System, sondern in einer sozioökonomischen Entwicklungsperspektive als sozialistische Industriegesellschaft perzipiert wurde. Die viel beachtete Studie von Ludz „Parteilite im Wandel“ von 1968 orientiert sich ganz vorrangig am Aspekt einer solchen technokratischen Rationalität, der in der DDR durch das Deutungsmuster der wissenschaftlich-technischen Revolution eine gewisse Resonanz zu finden schien.

Wenn ich es richtig sehe, spielte der reformsozialistische Ansatz als Entwicklungsperspektive im Osten eine wesentlich größere Rolle als im Westen und blieb hier vor allem deutlich länger virulent, weil die Reformeuphorie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Rücktritt Brandts zunehmend pragmatischer Ernüchterung weichen sollte. Demgegenüber läßt sich nicht übersehen, daß der Schwerpunkt gesellschaftskritischen Denkens in der DDR um einen „verbesserlichen Sozialismus“ (Heino Falcke) zentriert war, wie sich besonders deutlich im Umfeld der evangelischen Kirche zeigt.

Ein anderes Wahrnehmungsmuster erhält in den siebziger Jahren neue Bedeutung: die Einheit der Nation. Im westlichen Deutschland hatte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Bindekraft dieser Orientierungskategorie zumindest im intellektuellen Milieu erkennbar abgenommen. Ich will es an einem Beispiel illustrieren. Fritz Raddatz leitete 1972 seine Studie über „Traditionen und Tendenzen“ der DDR-Literatur mit dem lapidaren Satz ein: „Es gibt zwei deutsche Literaturen.“ Und es gab viele, darunter Günter Grass und Hans Mayer, die damals diesem Urteil zustimmten. Ende der siebziger Jahre hatte sich die Wahrnehmung grundlegend geändert. Raddatz stellte 1978 fest, „daß es heute eine unglaubliche Parallelität und Gleichheit dieser beiden deutschen Literaturen gibt“, etwa zur gleichen Zeit betrachtete sie Günter Grass als „Dach der Nation“, als letzten Rest für „etwas Gesamtdeutsches“, während Hans Mayer „eine Konvergenzbewegung der deutschen Literatur heute“ konstatierte. Die These von einer einheitlichen deutschen Kulturnation, die zunächst eher als Geltungsanspruch der bundesdeutschen Politik in Erscheinung

getreten war, hat am Ende der siebziger Jahre auch weite Teile des deutschen Kulturmilieus erfaßt.

Die „Einheit der Nation“ ist nach meinem Eindruck in der DDR viel weniger angefochten gewesen, sie galt als selbstverständliche Voraussetzung für eine politisch-gesellschaftliche Situation, in der die Bundesrepublik in allen Entwicklungsetappen der DDR-Geschichte Beziehungsgesellschaft geblieben ist. Die Aufbruchstimmung, die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre entstanden war, fand mit der Zwangsausbürgerung Wolf Biermanns am 16. November 1976 und ihren Folgewirkungen ein jähes Ende. Nun hatte es sich endgültig gezeigt, daß das von der SED beschworene Bündnis von Geist und Macht eine Illusion war. Günter Kunert empfand die DDR 1977 als ein Land, in dem es „auf keine Art irgendeine Hoffnung“ mehr gab – ein Diktum, das die Emphase von Bechers Tagebuch von 1950 „Auf andere Art so große Hoffnung“ in tiefer Skepsis umkehrte. Zahlreiche bedeutende Schriftsteller und andere prominente Künstler sahen sich, so hat es Hans Joachim Schädlich formuliert, „gezwungen, die DDR freiwillig zu verlassen“.

Die Desillusionierung, die mit diesen Vorgängen und anderen rigorosen Maßnahmen der DDR-Führung beispielsweise gegen Robert Havemann (1976) und Rudolf Bahro (1977) verbunden war, leitete die „Finalitätskrise“ (Sigrid Meuschel) der SED-Diktatur ein; und sie betraf nicht nur Intellektuelle. Seit Mitte der siebziger Jahre zeigen Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, daß die SED in der jungen Generation zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Eine (unveröffentlichte) Studie zum Geschichtsbewußtsein der ostdeutschen Jugend aus dem Jahr 1988 signalisierte schließlich, daß ihr Interesse für die Bundesrepublik doppelt so stark ausgeprägt war wie für die DDR.

Die Erosion der Parteiherrschaft war in der DDR bereits am Beginn der achtziger Jahre stärker vorangeschritten, als dies im öffentlichen Bewußtsein in der Bundesrepublik allgemein wahrgenommen wurde. Man spürte zwar, daß das Klima im deutsch-deutschen Verhältnis kälter geworden war, aber die von der SED propagierten Erfolge sozialistischer Wohlfahrtspolitik erweckten den Anschein relativer Stabilität in einer mit allen Machtmitteln disziplinierten Gesellschaft. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die sozialwissenschaftliche DDR-Forschung seit Anfang der achtziger Jahre diese zunehmende Distanzierung der Gesellschaft vom politischen System der DDR durchaus konstatiert hat.

Betrachtet man das DDR-Bild der bundesdeutschen DDR-Forschung, ist zunächst zu betonen, daß sie ein breites Spektrum von Einschätzungen, Methoden und Erklärungsansätzen zeigte, so daß Hermann Rudolph 1976 etwas mokant bemerken konnte, „daß die Linke nicht weiß, was die Rechte tut“. Auch wenn man ihre Qualität nicht pauschal abwerten darf, muß man, und das ist schwerwiegend genug, eine politisch motivierte Verkürzung des Wahrnehmungshorizonts konstatieren, der wichtige Komponenten der DDR-Realität ausblendete oder vernachlässigte. Das gilt für die Darstellung der Repressions-

apparate, mit Ausnahme von Karl Wilhelm Fricke, aber auch für die oppositionellen Bewegungen, die in der DDR seit Anfang der achtziger Jahre verstärkt in Erscheinung getreten sind. Es waren vor allem junge Außenseiter wie Peter Wensierski und Hubertus Knabe, die den Entwicklungsprozess der DDR-Opposition kontinuierlich dokumentiert und kommentiert haben.

Nachdem sich die Perestrojka-Politik Gorbatschows in der Sowjetunion deutlicher konturiert hatte, verstärkte sich das Interesse an einem neuen gesamtdeutschen Dialog jenseits offizieller Kontakte. Dafür ist die Zeitschrift „Niemandesland“, initiiert von Wolfgang Dreßen und Eckhart Gillen, in Berlin erschienen, ein signifikantes Beispiel, die erstmals Anfang 1987 ausgeliefert wurde und Autoren aus Ost und West ein gemeinsames Forum bot. Dort findet sich beispielsweise vor genau zehn Jahren ein Interview, das Christoph Tannert mit Rainer Eppelmann geführt hat. Es vermittelt ein eindringliches Bild von Situation und Selbstverständnis der DDR-Opposition. Solche Bemühungen um eine genaue Wahrnehmung aktueller Veränderungen im Selbstverständnis der ostdeutschen Gesellschaft waren allerdings Ausnahmen. So traf das Ende der SED-Diktatur die Menschen im Westen unerwartet und unvorbereitet.

5. Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört?

Die Menschen in der DDR haben in gewaltloser Aktion die SED-Diktatur überwunden und in freier Selbstbestimmung die deutsche Einheit herbeigeführt. Die Euphorie der Wiederbegegnung, die sich am 9. November 1989 auf den Straßen Berlins gezeigt hatte, und der Respekt vor den Menschen, die eine friedliche Revolution in Gang gesetzt hatten, blieb eine kurze Episode, der schon bald die Ernüchterung folgte.

Diese Entwicklung hatte viele Ursachen. Die neue Freiheit im Osten war mit den Verlust altgewohnter Sicherheiten verbunden. Die Anforderungen an die neuen Bundesbürger, sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess zu behaupten, der nahezu alle Lebensbereiche umfaßte, waren erheblich. Die Last der Vergangenheit, an der die Menschen, die in der DDR gelebt hatten, in höchst verschiedener Weise Anteil hatten – in Form von Mitwirkung, Anpassung, Resistenz, Verweigerung, Opposition oder Widerstand –, teilte auch die Nachwendegesellschaft in Ostdeutschland. Es zeigte sich rasch, daß es vielen Westdeutschen schwerfiel, die Belastungen zu erkennen, die von den ehemaligen DDR-Bürgern bewältigt werden mußten. Sie sahen häufig über die Menschen hinweg nur noch die Struktur-, Organisations- und Finanzierungsprobleme des Transformationsprozesses, so daß sich schließlich wechselseitiges Unverständnis über die Unfähigkeit der anderen Deutschen ausprägte, die Gestaltung der deutschen Einheit gemeinsam zu realisieren. Symptomatisch für diese Irritation ist die befremdlich-provozierende Formel von der „Mauer in den Köpfen“ und die oft geäußerte pauschale Behauptung, in den neuen Ländern breite sich „Ostalgie“ aus. Im Rückblick auf fast sieben Jahre gemeinsa-

me Geschichte müssen wir bedenken, ob die wechselseitigen Fehlwahrnehmungen, die wir heute im vereinten Deutschland registrieren, in erster Linie aus aktuellen Interessenkonflikten resultieren oder aus mangelhafter Verarbeitung historischer Erfahrungen, die wir im geteilten Deutschland gemacht haben.

In der Einsetzungsdebatte des Deutschen Bundestages zur ersten Enquete-Kommission am 12. März 1992 haben Markus Meckel und Gerd Poppe eine Einsicht formuliert, an die wir uns erinnern sollten. Die Gesellschaftsgeschichte der DDR läßt sich nur verstehen, so Markus Meckel, wenn wir unterscheiden lernen „zwischen dem, was man heute weiß, und dem Horizont, aus dem man damals handelte“, wenn sie, wie Gerd Poppe hinzufügte, „aus der Sicht der Betroffenen nachvollziehbar wird“. Ich melde grundsätzliche Zweifel an, ob es vor diesem Hintergrund angemessen ist, die „ethisch-politische Grundfrage nach den prägenden Dispositionen und Überlieferungen einer Lebensform fehlgeschlagener Normalität“, wie es Jürgen Habermas postuliert hat, in das Zentrum einer um historisches Verstehen bemühten Wahrnehmung der ostdeutschen Gesellschaft zu rücken.

Ich komme zum Schluß. Die Gestaltung der deutschen Einheit ist nicht nur ein politisches und organisatorisches Problem, sie ist ein Mentalitätsproblem. Ein Problem wechselseitiger Wahrnehmungen und Fehlwahrnehmungen. Karl Kraus, der sarkastische Wiener Spötter, sollte nicht recht bekommen. Seine lakonische Bemerkung: „Nach Ägypten wär's nicht so weit. Aber bis man zum Südbahnhof kommt...“, ließe sich abwandeln: „Nach Amerika wär's nicht so weit, aber bis man nach Berlin-Mitte kommt.“ Zumindest die Enquete-Kommission hat heute dieses Ziel erreicht. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Und nicht zum ersten Mal, Herr Rüdiger Thomas. Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Bevor ich an Professor Jacobsen, Sie haben es bemerkt, inzwischen hat er eintreffen können, die Moderation für diese Runde weiter übergebe, noch eine technische Ansage, die ich öffentlich machen möchte. Erst einmal, weil es die Information an die Obleute verkürzt, und zum zweiten, weil Sie als Zuhörende auch mitbekommen, daß die Beschäftigung dieser Enquete-Kommission nicht nur eine intellektuelle ist, sondern daß sie auch ganz praktische Auswirkungen haben kann und soll. Die Obleuterunde bitte ich, um 12.15 Uhr schon hier aus dem laufenden Geschäft rauszugehen, die Sitzung wird weitergehen. Der Kollege Hiller wird dann die Leitung übernehmen, weil wir um 12.30 Uhr beim Regierenden Bürgermeister erwartet werden, um zum Stichwort „Stiftung“ mit ihm reden zu können. Bitte Herr Professor Jacobsen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, ich werde mir erlauben, nach dem zweiten Vortrag, der heute Vormittag angesetzt worden ist, einige generelle Bemerkungen zur Thematik des heutigen Tages zu machen. Mir scheint das deshalb sinnvoll zu sein, weil es ja gerade im Hinblick auf Wahrnehmungen und Fehleinschätzungen auch in der wissenschaftlichen Literatur sehr unterschiedliche Positionen gegeben hat.

Manchmal wird man doch gehalten sein, hier korrigierend einzugreifen, aber das möchte ich dann tun, wenn wir zu einer Aussprache überleiten. Liebe Frau Köhler, ich darf Sie gleich bitten, daß Sie Ihr Referat halten; ich wäre dankbar, wenn Sie sich auch an den Zeitrahmen hielten. Also ich gehe davon aus, daß Sie bis 11.30 Uhr sprechen. Bitteschön.

Dr. Anne Köhler: Ja, Herr Vorsitzender, ich hoffe, man kann bis hinten die Folien erkennen, sonst müßten wir noch ein bißchen weiter zuschließen, damit es etwas dunkler wird. Ich schließe jetzt auch unmittelbar an meine Vorredner an und konzentriere mich auf Wunsch des Veranstalters vor allem auf die DDR-Vergangenheit, also auf die Wahrnehmungsmuster der Deutschen in der DDR. Ergänzend dazu behandle ich dann einige Einstellungsmuster der Bundesdeutschen gegenüber der DDR und schließe dann mit Daten im Rückblick bzw. in der Vorausschau auf die Zukunft mit Status 1993. Sie werden dann heute Nachmittag in der 3. Veranstaltung aktuelle Daten vorgetragen bekommen zur gegenseitigen Sicht der Deutschen Ost und West, Weiterwachsen von Stereotypen und wie damit umzugehen ist. Mit meinen heutigen Ausführungen schließe ich unmittelbar an den von mir erstellten Enquete-Bericht „Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage“, den ich schon 1994 vorgelegt habe, an.

Zunächst zum Thema DDR. Infratest hat schon vor dem Mauerbau bis 1961 Befragungen durchgeführt, also Flüchtlingsbefragungen, die dem Thema DDR gewidmet waren. Das wurde dann mit dem Bau der Mauer zwangsläufig eingestellt. 1968 begann dann Infratest mit einem kontinuierlichen DDR-Forschungsprogramm, das von 1968 bis 1990, das heißt bis zur Einstellung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, lief und dann mit der Auflösung des Ministeriums eingestellt wurde. Dieses Programm lief da in halbjährlichen bzw. jährlichen Erhebungsintervallen. Die Materialien und die Erkenntnisse, die aus diesem Forschungsprogramm gewonnen wurden, waren aber Verschlusssache, sie waren einem ganz kleinen Kreis zugänglich, primär dem Bundeskanzleramt, partiell dem Berliner Senat. Ansonsten war das ein Material, das nicht an die Öffentlichkeit gelangte und eigentlich mehr dazu dienen sollte, daß man die bundesdeutsche Politik auch im Hinblick auf die Resonanz in der DDR-Bevölkerung konzipieren konnte. Wir hatten also in diesem Programm stets kontinuierliche Basisfragen zum politischen Interesse, zur Beurteilung der Lebensverhältnisse, zu Statistikfragen usw. Dann haben wir aktuelle Themen der bundesdeutschen bzw. der innerdeutschen Politik behandelt und in einem dritten Komplex Schwerpunktthemen wie z. B. Jugend in der DDR, Frauen in der DDR oder Freizeit und Beruf.

Die Methoden dieser Infratest-DDR-Forschung habe ich bereits ausführlich in dem erwähnten Enquete-Bericht dargelegt. Ich bin aber gebeten worden, hier noch einmal kurz einige Hinweise zu geben, weil der wahrscheinlich nicht allen gegenwärtig ist. Es handelte sich bei diesem Programm zunächst um standardisierte Besucherbefragung. Wir haben also keine DDR-Bürger direkt befragt, denn Sie wissen ja, in die Bundesrepublik kamen nur Rentner oder aus-